

u. a. die maßgebenden Versammlungen der indischen Mohammedaner in Lucknow und Kaschmir erst kürzlich wieder erklärt, die Frage des Khalifats sei eine rein religiöse Angelegenheit, die mit Politik nichts zu tun habe. Der Sultan in Konstantinopel bleibe in den Augen der indischen Moslems der Khalif aller sunnitischen Mohammedaner.

Demgegenüber haben die Äußerungen eines Aga Khan, des von englischem Gelde lebenden Führers eines kleinen Bruchteils der extrem-schiitischen Sekte der Khojas, ebensowenig zu bedeuten, wie die Ausführungen des französischen Söldlings Kaddur Ben Ghabrit, der in Frankreich jüngst verkündete, daß Mulay Jussuf, von Frankreich und seines Generalresidenten Gnaden Sultan von Marokko, als Koreischite einen besseren Anspruch auf das Kalifat habe, als Sultan Mehmed V. Ob Ben Ghabrit wohl neben der Ehrenlegion auch den „Alawitischen Hausorden“ zu erhalten wünscht? Dem „König“ Al Husein, dem „Sultan“ Hussein, Kamil von Ägypten und ähnlichen mohammedanischen „Souveränen“ wird der Gedanke, ihren Kollegen Mulay Jussuf als Kalifen verehren zu müssen, jedenfalls kaum sonderliche Freude bereiten.

Um die arabische Gunst bemüht sich ganz besonders Frankreich und spart keine Gelder, um Einfluß auf die Stimmung der arabisch sprechenden Bevölkerung der Welt zu gewinnen. Seit längerer Zeit schon erscheinen die beiden illustrierten Blätter „Al Mustakbal“ und „Al Taçawir“. Neuerdings ist noch eine französische Veröffentlichung dazu gekommen, „L'Orient Arabe“ und eine in französischer und arabischer Sprache erscheinende Zeitungskorrespondenz „Agence de la Presse Arabe“. Die beiden letztgenannten Veröffentlichungen werden von einem christlichen Syrer namens I. S. Nagiar herausgegeben.

NORDAFRIKA.

Die inzwischen durch die geänderte Haltung der amerikanischen Regierung bereits überholte Friedensnote Wilsons hat ein Echo gefunden, das ihr Verfasser wohl kaum erwartet hat. In den letzten Januartagen sind aus der Schweiz die folgenden Kundgebungen nordafrikanischer Patrioten an ihn abgegangen.

Herr Präsident! Ihre letzte Botschaft an den Senat über den Frieden, der zwischen den Völkern herrschen soll, hat einen edlen und großmütigen Gedanken kundgegeben: Untertanen, die sich unter einer fremden Herrschaft befinden, sollen nur von einer Regierung beherrscht werden, die sie selbst anerkannt haben.

Im Namen der großen Partei unserer muselmännischen Religionsgenossen aus Algerien erklären wir, daß die französische Herrschaft in diesem Lande in keiner Weise unseren Wünschen entspricht und wir hoffen, daß Amerika uns nicht vergessen wird, wenn wir die Unabhängigkeit Algeriens und Befreiung von dem fremden Joch verlangen werden, daß uns Frankreich auferlegt hat.

Für das Komitee der algerischen Patrioten
El Hadj Addallah.

In dem Augenblick, wo Sie Ihre Stimme haben vernommen lassen, daß die Regierung ihre Macht nur von der Übereinstimmung der Beherrschten herleiten dürfen, in diesem selben Augenblick steht Frankreich im Begriff das marokkanische Volk und sein Gebiet seiner Herrschaft zu unterwerfen. Schon sind die Söhne Marokkos gezwungen worden für Frankreich zu kämpfen, schon hat Frankreich im ganzen Lande einen Propagandadienst eingerichtet, der aus bestochenen muselmännischen Beamten besteht. Noch ist die Eroberung unseres Landes aber nicht beendet und die Tapferkeit der Marokkaner wird ihr den stärksten Widerstand entgegensetzen. Ihre edlen Worte geben uns aber die Hoffnung, da sie dieses Werk der Eroberung aufhalten werden, bevor unser Blut noch weiter für die Eroberung des Landes fließen muß.

Abdalaziz ibn Ismail Belarbi al-Chirkaoui.

Unter einem unbegründeten Vorwand hat Frankreich im Jahre 1881 unser Vaterland Tunesien besetzt und den Beys von Tunis ihre Macht entrissen. Wie unsere Brüder in Algerien und Marokko erwarten wir den Tag der Befreiung und wir rechnen auf die mächtige Hilfe des Präsidenten des großen Amerikas, der soeben seine Stimme für die gerechte Sache der kleinen Völker erhoben hat.

Muhammed Rachid Serruk al-Tunisi.

Der Funkspruch Lyon meldet darauf unter dem 4. Februar, daß es im Auslande keine Vereinigung von Eingeborenen aus Algier, Marokko und Tunis gäbe. Daß das Bestehen solcher Vereinigungen der französischen Regierung unbedeckt ist, ist freilich zu verstehen. Ein „Dementi“ schafft aber solche Komitees und ihre erfolgreiche Tätigkeit im Kampf gegen die fremde Willkürherrschaft nicht aus der Welt. Die von der Schweizer Presse gemeldeten Kundgebungen sind jedenfalls ein bemerkenswertes Zeichen für die Unzufriedenheit, die in Tunesien, Algerien und Marokko herrscht und die anscheinend ständig zunimmt.

ABESSINIE.

Die „Times“ vom 24. Januar d. J. bringt aus der Feder eines in Ades Abeba lebenden Engländer einen Bericht über die kriegerischen Ereignisse in Abessinien, die zur Absetzung des Prinzen Lidsch Yeassu und zur Gefangennahme seines Vaters Ras Mikael führten. Dem Gewährsmann der „Times“ zufolge waren die türkisch-mohammedanischen Sympathien Lidsch Jeassus die Veranlassung zu der gegen ihn gerichteten revolutionären Bewegung unter der christlichen Bevölkerung in Ades Abeba. Daß in Wahrheit die Entente es war, die den ihr unbedeckten deutsch-freundlichen Prinzen zu beseitigen trachtete, gesteht naiverweise der Korrespondent fast im gleichen Satze ein, indem er erklärt, daß die Gesandtschaften der Entente „also took the matter up“. Diese Einmischung in die inneren abessinischen Angelegenheiten fand ihren Ausdruck in einer gemeinsamen Protestnote, die unserem Bericht zufolge „die Sache zur Entscheidung brachte“. Lidsch Jeassu wurde für abgesetzt erklärt und Zauditu, eine Tochter Kaiser Meneliks, zur Kaiserin